

De facto

CHRISTIAN BAHA

Gastkommentar des
Superfund-Gründers**Flucht in Betongold**

Der Blick auf den Immobilienmarkt kann Schwindel erregen, so hoch klettern die Preise: Seit Ende 2020 verzeichnen Wohnimmobilien in Österreich zweistellige Zuwachsraten. Im vierten Quartal 2021 notierten wir bereits 12,6 Prozent, nach 10,4 Prozent in den drei Monaten davor.

Besonders begehrt waren Einfamilienhäuser im Speckgürtel von Wien, die um satte 15,5 Prozent zulegten, dicht gefolgt von gebrauchten Wohnungen im Umland, die sich um 14,5 Prozent verteuerten. Am Land kennt die Betongoldgräber-Stimmung ebenfalls keine Grenzen, solange eine gute Anbindung an ein öffentliches Verkehrsnetz gegeben ist: plus 15 Prozent. Zugleich stiegen die Mieten zwischen 2017 und 2021 um 8,5 Prozent. Eine Entwicklung, die zwangsläufig zur Frage führen muss, wie junge Menschen sich noch Wohnraum schaffen können, ohne auf die finanzielle Unterstützung der Eltern- oder Großeltern-Generation angewiesen zu sein.

Doch Moment! Verliert nicht auch das harte Ersparte, das die Österreicher gerne in alter Tradition auf der Bank bunkern, momentan massiv an Wert?

Bei einer Inflationsrate von 7,2 Prozent kann sich wohl jedes Milchmädchen ausrechnen, was aus den 295 Milliarden Euro österreichischer Sparguthaben innerhalb eines Jahres geworden ist. Und wie viel Kaufkraft sich in Luft aufgelöst hat. De facto scheint eine schonungslose Diskussion über den Euro unausweichlich. Er wurde durch die Geldschwemme weichgespült. Und trat die Flucht in Beton an.

Einbürgerung

Als gebürtiger Wiener, seit mehr als 40 Jahren in Tirol ansässig, hatte ich nach langer Zeit wieder privat in der Bundeshauptstadt zu tun und war und bin noch erschüttert, wie sich mein Geburtsbezirk (10.) verändert hat.

Vom Columbusplatz zum Keplerplatz gehend und auf die Sprachen lauschend, konnte ich so ziemlich alles vernehmen, aber kein Wort Deutsch. Auch das Ambiente vermittelte so ziemlich alles, nur nicht jenes, welches einst „Mundl Sackbauer“ im Fernsehen so treffend „wienerisch“ darstellte, davon keine Spur mehr.

Man muss nicht unbedingt fremdenfeindlich sein, um dies nicht gutzuheißen, umso mehr verwundert mich die Aussage unseres Bundespräsidenten, Einbürgerungen doch rascher und einfacher

durchzuführen. Er sollte einmal jenen Weg gehen, welchen ich beschrieben habe. Wenn sich seine Meinung auch dann nicht ändert, hat er für „richtige“ Wiener und Österreicher (auch jene, welche sich hier tadellos integrieren und unsere Werte übernehmen und teilen) wohl nicht sehr viel übrig, schade.

Helmut Ihle, per E-Mail

Zankapfel Staatsbürgerschaft

Wenn denn unser Herr Bundespräsident Van der Bellen am Meer stünde, schaut er auf den Horizont hinaus und überlegt sich, was sein könnte und wie er reagieren sollte. Dabei dürfte er jene Wellen übersehen haben, die sich kräuseln, uns massenweise illegale Zuwanderer ins Land spülen und unser Sozialsystem in existenzielle Schieflage bringen.

Dass darunter auch Personen sind, die wir nicht haben



Foto: picturedesk.com

Tankausflüge in billigere Nachbarländer haben in Österreich Tradition. Nun aber schob Ungarns Staatschef Viktor Orbán dem Tanktourismus einen Riegel vor.

Gute Nachbarschaft schaut anders aus!

Wenn Österreicher nach Ungarn fahren und sich dort ihre Zähne machen lassen oder einkaufen gehen, ist unser Geld gut genug. Genau so ist es mit unserem Kindergeld oder Sonstigem, was wir in Ungarn konsumieren.

Aber dass Ungarn beim Tanken jetzt neidig wird, ist uns gegenüber nicht sehr nett. Vielleicht sollte sich Ungarn daran erinnern, wie wir dem ungarischen Volk im Jahr 1956 geholfen haben. Gute Nachbarschaft schaut anders aus! Österreich ist immer nur gut genug, wenn der Euro rennt. Auch die Gutmütigkeit kann einmal ein Ende haben.

Oliver-Helmut Gerstbauer, Wien

Das freie Wort

BRIEFE AN DEN HERAUSGEBER

Die Leserbriefे der „Krone“ finden Sie online unter www.krone.at/dasfreiewort

wollen, die aber als Belohnung schon nach sechs und nicht erst nach zehn Jahren unsere Staatsbürgerschaft erhalten sollen, dürfte unser Staatsoberhaupt nicht bedacht haben.

Die Staatsbürgerschaft ist ein hohes Rechtsgut und räumt große Rechte ein, weshalb hier weiterhin ein strenger Maßstab anzulegen ist. Dass der bald 80-Jährige in seinem Wahlkampf in roten und grünen Lagern auf Stimmenfang aus ist, hätte er nicht notwendig.

Peter Puster, Feldkirchen bei Graz

Bezug zur Realität verloren

In Zeiten der größten Migrationswelle auch nur daran zu denken, die Einbürgerung zu erleichtern, das muss man erst mal schaffen. Wenn wer meint, der jahrelange Bezug von Sozialhilfe rechtfertige einen Anspruch auf Einbürgerung, der scheint den Bezug zur Realität verloren zu haben.

Wenn unser Land noch weiter nach links abbiegt, kann man ja die Staatsbürgerschaft gleich beim Antrag auf Asyl verleihen, um in 10 Jahren stolz verkünden zu können, Österreich hat nun 20 Millionen Einwohner, allerdings wurde die Landessprache geändert, und der Name unseres Staates wurde in Austriastan umgewandelt.

Helmut Speil, Linz

Österreichische Staatsbürgerschaft

Es genügt dem eingefleischten Linken VdB nicht, wenn österreichische Frauen, nach seiner Ansicht, Burkas tragen sollen und Mädchen gemäß VfGH ab drei Jahren Kopftü-